
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 1

Kreistag

am 23.03.2010

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)
Klaus-Dieter Bröckling (SPD)
Heike Brossat (SPD)
Christel Ciecior (SPD)
Brigitte Cziehso (SPD)
Martina Eickhoff (SPD)
Bernd Engelhardt (SPD)
Hartmut Ganzke (SPD)
Jens Hebebrand (SPD)
Christine Hölling (SPD)
Carsten Jaksch-Nink (SPD)
Wolfgang Kerak (SPD)
Jürgen Kerl (SPD)
Dirk Kolar (SPD)
Ingrid Kroll (SPD)
Sascha Kudella (SPD)
Ursula Lindstedt (SPD)
Gerd Oldenburg (SPD)
Hans-Jörg Piasecki (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)

Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Manuela Werbinsky (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Wilfried Feldmann (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gero-Heinrich Bangerter (FDP)
Michael Klostermann (FDP)
Sigurd Senkel (FDP)
Wolfgang Schilken (FDP)
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
Dieter Reichwald (DIE LINKE.)

Werner Sell (DIE LINKE.)
Dieter Albert (FWG)
Helmut Stalz (FWG)
Matthias Laarmann (GFL)
Peter Manns (GFL)

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV
Herr Dr. Schiebold, L KfP
Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Heine, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Frau Schmidt, Geschäftsführerin
der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Weitere Angehörige der Verwaltung
Vertreter der lokalen Medien
Interessierte Zuhörer/innen

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Frau Anke Schneider als stellvertretendes Mitglied im Kreisausschuss vereidigt. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

006-1/10

Ersatzwahlen

Punkt 3

032/10

Kommunalfinanzen

-Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2010-

Punkt 4

194/09

Veräußerung des Geschäftsanteils des Kreises Unna an der Kommunalen Aktionärsvereinigung RWWE GmbH

Punkt 5

029/10

Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur SGB II-Neuorganisation

Punkt 6

017/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes, der Fachberatungsstelle nach sexualisierter Gewalt und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Punkt 7

018/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Mitfinanzierung ambulanter sozialpädiatrischer Behandlungen

Punkt 8

008/10

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. über den jährlich zu zahlenden Zuschuss und dessen Verwendung

Punkt 9

162-1/09

Änderung des Kooperationsvertrages mit dem KreisSportBund Unna e.V. - KSB -

Punkt 10

010/10

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa. FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb Mecke GmbH und Co.KG in Werne

Punkt 11

013/10

Entgeltregelung für das Tierheim des Kreises Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna

Punkt 12

031/10

Konjunkturpaket II – Förderbereich Infrastruktur

Punkt 13

027/10

Aktuelle Entwicklungen im MVA Hamm-Verbund

Punkt 14

021/10

Generelles Absehen von der Anwendung der Vorschrift über die Gewährung von Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten der Kreisverwaltung Unna

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

025/10

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrum mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna -Vergabe des Auftrags über Arbeiten zur Einrichtung der digitalen Alarmierung-

Punkt 17

028/10

Anzeige von Nebentätigkeit des Landrates gemäß § 18 Abs. 2 Korruptionsgesetz NRW

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

006-1/10

Ersatzwahlen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist auf eine Ergänzung und eine Änderung des Beschlussvorschlages hin. Es habe seitens der CDU-Kreistagsfraktion gestern die Mitteilung gegeben, dass für den Wahlausschuss für den Landtagswahlkreis 117 Unna III / Hamm II anstelle von Herrn Helmut Krause, der gleichzeitig als Vertrauensperson für die CDU benannt wurde, Herr Michael Dobrowolski zur Wahl als ordentlicher Beisitzer vorgeschlagen werde. Zudem sei es notwendig, dass die stellvertretende Beisitzerin, Frau Martina Plath, bestätigt werde. Außerdem sei unter dem Spiegelstrich 3 des Beschlussvorschlages anstelle des angegebenen Wahlkreises der Landtagswahlkreis 117 Unna III / Hamm II aufzunehmen.

Beschluss

Der Kreistag beschließt folgende Ersatzwahlen:

- Frau Andrea Hosang wird als ordentliches Mitglied und Herr Jochen Nadolski-Voigt als stellvertretendes Mitglied in den Lenkungsausschuss der ARGE Kreis Unna gewählt.
- Frau Gudrun Bürhaus wird als Mitglied in den Verwaltungsrat des Umweltzentrums Westfalen e.V. gewählt.
- Frau Barbara Streich wird als ordentliche Beisitzerin und Herr Hartmut Hegewald-Gnad als stellvertretender Beisitzer in den Wahlausschuss für den Landtagswahlkreis 117 Unna III / Hamm II gewählt.
- Frau Stephanie Schmidt wird als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Planung und Verkehr gewählt.
- Frau Barbara Streich wird als stellvertretendes Mitglied in den Natur- und Umweltausschuss gewählt.
- Frau Anke Schneider wird als ordentliches Mitglied in den Natur- und Umweltausschuss gewählt.
- Herr Michael Ebel wird als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
- Frau Beatrix Kiera wird als ordentliches Mitglied in den Gleichstellungsausschuss gewählt.
- Frau Petra Ondrejka-Weber wird als ordentliches Mitglied in den Gleichstellungsausschuss gewählt.
- Herr Michael Dobrowolski wird als ordentlicher Beisitzer in den Wahlausschuss für den Landtagswahlkreis 117 Unna III / Hamm II gewählt. Frau Martina Plath wird als stellvertretende Beisitzerin bestätigt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

032/10

Kommunalfinanzen

-Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2010-

Erörterung

Herr Landrat Makiolla verweist auf einen gemeinsamen schriftlichen Notruf der Bürgermeisterkonferenz und des Landrates vom 30. November 2009 zur finanziellen Situation der Kommunen, u.a. gerichtet an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Darin sei sehr differenziert in 10 Punkten die Notlage nicht nur der Kommunen im Kreis Unna dargelegt worden. Er habe großen Widerhall und durchaus Anerkennung bei Fachpolitikern und den kommunalen Spitzenverbänden gefunden. Seitens des Ministerpräsidenten sei allerdings erst nach Berichterstattung in der Presse Anfang März eine Reaktion erfolgt. Dieses Antwortschreiben, eingegangen am 09. März, sei den Fraktionen und den Mitgliedern des Kreistages zur Verfügung gestellt worden. Darin würden in keinster Weise Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Es entstünde vielmehr der Eindruck, dass die Anliegen der Kommunen nicht gehört würden.

Frau Cziehso gibt eine Erklärung sowohl zu dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten als auch zum Antrag der SPD-Fraktion und dem von der GFL eingereichten Lünen Appell ab.

Das Antwortschreiben verdeutliche, dass der Ministerpräsident die besonderen Probleme der strukturschwachen Regionen nicht im Blick habe. Von 2005 an bis heute habe das Land NRW zu einer Verschlechterung der finanziellen Situation der Kommunen im Umfang von 2 Mrd. Euro beigetragen. Neben Kürzungen von Leistungen seien Aufgaben ohne auskömmliche Finanzierung auf die Kommunen übertragen worden.

Der von der GFL vorgelegte Lünen Appell rufe dazu auf, alle Einsparpotenziale sowohl auf der Ebene des Kreises als auch in den Kommunen zu nutzen. Dies sei unterstützenswert, aber damit seien die Haushaltsprobleme nicht zu lösen.

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr habe in der gestrigen Sitzung über alle Fraktionsgrenzen hinweg eine gemeinsame Resolution mit Forderungen zur Verbesserung der Kommunalfinanzen verabschiedet. Sie plädiere dafür, dass der Kreistag diese Resolution – wie es auch andere Kommunen für die nächste Zeit beabsichtigten – übernehme und den Landrat beauftrage, sie weiter zu geben.

Die von der GFL mit dem Lünen Appell eingeforderte Bürgerbeteiligung könne eher durch Aktionen auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, die durchaus durch die Kreistagsmitglieder vor Ort angeregt werden könnten.

Herr Dr. Laarmann teilt mit, dass sich die Gruppe der GFL dem Vorschlag zur Übernahme der Resolution anschließe. Gleichzeitig plädiere er dafür, die breite Bürgerschaft über den Lünen Appell einzubinden und zu mobilisieren. Beides sei nebeneinander zu sehen und auf den Weg zu bringen. Beim Lünen Appell sei jeder Einzelne zur Verbreitung aufgerufen.

Lt. Herrn Jasperneite habe die Landesregierung vor 5 Jahren einen enormen Schuldenberg übernommen, der kaum abzubauen sei. Zur Verbesserung der finanziellen Situation des Kreises müsse vorrangig die eigene Verantwortung gesehen werden und greifen. Es sei zu prüfen, wo ein Leistungs- und Aufgabenverzicht möglich wäre. Er könne bisher keinen Sparwillen erkennen.

Nichts desto trotz sei ihm die Lage der Kommunen bewusst. Daher unterstütze seine Fraktion die Resolution des RVR inhaltlich im vollen Umfang. Sie werde sich aber auch hier an ihre Grundsatzentscheidung halten,

bei Resolutionen nicht mit abzustimmen.

Frau Cziehso weist den Anwurf des fehlenden Sparwillens zurück. Durch den Haushaltsbeschluss und damit verbunden die Begleitung der Finanzstrukturkommission durch einen externen Berater werde der bereits eingeschlagene Weg der Aufgabenkritik und -überprüfung fortgesetzt.

Herr Senkel erklärt, dass die FDP-Fraktion sich ebenfalls der Stimme enthalten werde.

Die Linksfraktion sehe, so Herr Sell, von seiten des Landes keinerlei Unterstützung für die Kommunen, auch wenn im Antwortschreiben des Ministerpräsidenten etwas anderes behauptet werde. Seine Fraktion unterstütze daher die Resolution des RVR und das Anliegen der GFL.

Lt. Herrn Stalz sei es natürlich Aufgabe des Kreises, über die Finanzstrukturkommission den eingeschlagenen Weg zur Ausschöpfung aller Einsparmöglichkeiten fortzusetzen sowie die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen. Aber selbst bei Wegfall aller freiwilligen Leistungen ergebe sich nur ein Sparpotenzial von 3 bis 4 Mio. Euro, dem ein Minus von derzeit über 20 Mio. Euro entgegen stehe. Daher sei eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung dringend geboten. Die FWG-Gruppe schließe sich der Resolution des RVR in vollem Umfang an.

Herr Landrat Makiolla ruft zur Unterstützung des von der GFL-Gruppe eingebrachten Lüner Appells auf. Bzgl. der Resolution stellt er folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss

Der Kreis Unna schließt sich der Resolution der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr vom 22.03.2010 an

Der Landrat wird gebeten, dies den Landtags- und Bundestagsabgeordneten im Kreisgebiet mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (5 Neinstimmen der FDP- und der CDU-Fraktion-, 16 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Punkt 4

194/09

Veräußerung des Geschäftsanteils des Kreises Unna an der Kommunalen Aktionärsvereinigung RWWE GmbH

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna stimmt dem Erwerb des Geschäftsanteils des Kreises Unna an der Kommunalen Aktionärsvereinigung RWWE GmbH durch die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft zum Nominalwert von 260 € zu.

Der Landrat wird ermächtigt und beauftragt, alle zur Umsetzung erforderlichen Erklärungen abzugeben,

Vereinbarungen zu treffen und Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

029/10

Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur SGB II-Neuorganisation

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es in der Sitzung des Ältestenrates eine Verständigung darüber gegeben habe, dass die CDU-Fraktion einen weiteren Vertreter in den interfraktionellen Arbeitskreis entsendet. Benannt worden sei Herr Gerhard Meyer.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises „SGB II-Neuorganisation“.

Der Arbeitskreis setzt sich aus dem Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie und den sozialpolitischen Sprechern der im Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie einem weiteren Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion zusammen. Die Verwaltung wird vertreten durch den Dezernenten für Arbeit und Soziales, den Leitern der Fachdienste 10 und 11 sowie des Fachbereiches 50 und der zuständigen Controllerin. Außerdem ist die ARGE durch den Vorsitzenden des Lenkungsausschusses und den kommunalen Geschäftsführer für Finanzen und Controlling beteiligt. Bei Verhinderung kann jeweils ein Vertreter entsandt werden.

Der interfraktionelle Arbeitskreis beschäftigt sich inhaltlich mit den Vorschlägen der Bundesregierung zur Neuorganisation der SGB II - Verwaltung und bereitet diesbezüglich notwendige Beschlüsse des Kreistages für die Umsetzung im Kreis Unna vor.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

017/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, des FrauenNotrufes, der Fachberatungsstelle nach sexualisierter Gewalt und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Erörterung

Herr Landrat Makiolla gibt den Hinweis, dass sich die in der Sitzungsvorlage genannten finanziellen

Auswirkungen auf zwei Haushaltsjahre bezögen. Der Zuschuss für das Jahr 2010 betrage 197.380 Euro.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Der Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle, der Fachberatungsstelle nach sexualisierter Gewalt, des FrauenNotrufes und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V. bis zum 31.12.2011 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

018/10

Verlängerung der Vereinbarung zur Mitfinanzierung ambulanter sozialpädiatrischer Behandlungen

Erörterung

Die in der Sitzungsvorlage genannten finanziellen Auswirkungen bezögen sich lt. Herrn Landrat Makiolla auf mehrere Haushaltsjahre, die Summe für das Haushaltsjahr 2010 betrage 65.000 Euro.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Der Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königsborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung im Sozialpädiatrischen Zentrum bis zum 31.12.2011 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

008/10

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. über den jährlich zu zahlenden Zuschuss und dessen Verwendung

Erörterung

Der Kreisausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung die Beschlussempfehlung gegeben, die Vereinbarung bis zum 31.12.2011 abzuschließen, so Herr Landrat Makiolla.

Herr Rieke erklärt, dass die Arbeit des Kinderschutzbundes unerlässlich sei und die SPD-Fraktion diese

Arbeit voll unterstütze. Das Kindeswohl habe oberste Priorität. Er hoffe daher, dass es – genau wie für das Frauenforum – zukünftig wieder eine längerfristige Vereinbarung geben werde.

Herr Goldmann bestätigt, dass die Beratungseinrichtungen hervorragende Arbeit leisteten, obwohl sie unter erheblichem finanziellen Druck stünden. Diese Arbeit sei unverzichtbar. Dem Grunde nach handele es sich um Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand, so dass in der Finanzstrukturkommission geprüft werden solle, ob eine dauerhafte Absicherung der Einrichtungen möglich sei. Dabei seien die Strukturen im Hinblick auf notwendige zukünftige Bedarfe und die dafür zur Verfügung zu stellende finanzielle Ausstattung zu betrachten.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass es in der Sitzung des Ältestenrates die Vereinbarung gegeben habe, die Laufzeit aller der heute zu behandelnden Verträge zu synchronisieren. Auch seine Fraktion halte die Arbeit der beiden Einrichtungen für unverzichtbar und für eine der wichtigsten Aufgaben des Kreises. Daher sichere sie Unterstützung für die längerfristige Fortführung der Verträge zu.

Beschluss

Der Kreistag verabschiedet die als Anlage beigefügte Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und dem Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V. (Vertragsende 31.12.2011).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

162-1/09

Änderung des Kooperationsvertrages mit dem KreisSportBund Unna e.V. - KSB -

Beschluss

Der Kreistag stimmt dem Entwurf der Änderungsvereinbarung zum Vertrag mit dem KreisSportBund Unna e.V. (KSB) vom 29.06.06 unter Berücksichtigung der mit Schreiben vom 07.12.09 vorgeschlagenen Veränderungen hinsichtlich der Zusammenarbeit, der personellen und sachlichen Ausstattung, der Förderung durch den Kreis und einer Vertragsdauer bis zum 31.12.2010 zu und beauftragt den Landrat, die Änderungsvereinbarung entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

010/10

Erlass von vier Satzungen über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiet der Fleischhygiene / Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe, für den EG-Schlachthof Unna / Fa.

FVV Jedowski, den EG-Schlachthof Lünen / Fa. Milk & Beermann sowie den EG-Schlachtbetrieb Mecke GmbH und Co.KG in Werne

Beschluss

Der Kreistag beschließt die nachstehend aufgeführten Satzungen:

- Satzung des Kreises Unna vom 23.03.2010 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene außerhalb öffentlicher Schlachthöfe
- Satzung des Kreises Unna vom 23.03.2010 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma FVV Jedowski Unna GmbH, Fleischverarbeitung und -vertrieb, Otto-Hahn-Straße 20, 59423 Unna
- Satzung des Kreises Unna vom 23.03.2010 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene am öffentlichen EG-Schlachthof der Firma Milk & Beermann, Fleischwaren GmbH & Co. KG, Von-Wieck-Str. 7b, 44534 Lünen
- Satzung des Kreises Unna vom 23.03.2010 über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene im EG-Schlachtbetrieb der Firma Mecke GmbH und Co.KG, Lippestr. 5, 59368 Werne

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

013/10

Entgeltregelung für das Tierheim des Kreises Unna, Hammer Str. 117, 59425 Unna

Beschluss

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Entgeltregelung.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

031/10

Konjunkturpaket II – Förderbereich Infrastruktur

Vor Eintritt in die Erörterung des Tagesordnungspunktes verlässt das Kreistagsmitglied Jochen Nadolski-Voigt aufgrund von Befangenheit den Sitzungsraum.

Erörterung

Zu diesem Tagesordnungspunkt gebe es einen Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2010 und es läge eine Absichtserklärung der Diakonie Ruhr-Hellweg bezogen auf den Betrieb des geplanten Gästehauses auf der Ökologiestation vor, so Herr Landrat Makiolla.

Für die CDU-Fraktion als Antragsteller erläutert Herr Jasperneite, dass sie der Meinung seien, dass sich das Jugendgästehaus auf Dauer nicht tragen werde. Er verweist auf die Erfahrungen mit dem ehemaligen Kinderkurheim des Kreises Unna in Marktedwitz. Für das Jugendgästehaus sei kein dauerhaft gesicherter Betreiber erkennbar. Es läge lediglich eine Absichtserklärung vor.

Als Alternative zu der vorgeschlagenen Verwendung der Mittel sei der vorliegende Antrag seiner Fraktion zu verstehen. Hier seien die Gelder aufgrund der Winterschäden sinnvoller eingesetzt. Bzgl. der Nutzung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II für Straßensanierungen verweist er auf eine Veröffentlichung des Bundesfinanzministeriums.

Herr Teumert verweist darauf, dass es bereits seit Jahren aufgrund entsprechender Nachfragen Überlegungen gebe, für die Nutzer der Ökologiestation Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese hätten sich aus verschiedensten Gründen bisher nicht realisieren lassen. Daher seien die Mittel aus dem Konjunkturpaket II eine einmalige realistische Chance, unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit diese Planungen umzusetzen. Die Gremien des Umweltzentrums Westfalen e.V. hätten sich intensiv mit den Möglichkeiten eines Gästehauses auseinander gesetzt. Die Ergebnisse seien Grundlage der vorliegenden Konzeption. Dabei seien zwei Kriterien zu Grunde gelegt worden. Zum einen sei der Kostenrahmen von 1,35 Mio. Euro einzuhalten gewesen, zum anderen müsse die Wirtschaftlichkeit gewährleistet sein, wobei eine Erhöhung der jährlichen Zuschüsse an das Umweltzentrum ausgeschlossen sein müsse. Selbst wenn der Betrieb des Gästehauses durch das Umweltzentrum erfolgen würde, rechne es sich noch. Vorrangig sei der Betrieb durch einen Dritten anzustreben, wobei als Betreiber die Diakonie wünschenswert wäre, da diese Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen vorsehe. Aus diesen Gründen hätten sich die Gremien einstimmig für die Umsetzung dieses Konzeptes ausgesprochen. Zum gleichen Ergebnis sei die SPD-Fraktion in ihren Beratungen gekommen.

Dem Antrag der CDU-Fraktion fehle eine sichere rechtliche Grundlage und er sei daher abzulehnen. Die Errichtung eines Gästehauses sei nicht nur eine Investition in eine Baumaßnahme sondern eine weitere wichtige Investition in die Umweltpolitik und die Bildungsmöglichkeiten im Kreis Unna.

Lt. Herrn Senkel wäre ein solches Vorhaben unterstützenswert, wenn sicherzustellen wäre, dass es wirtschaftlich zu betreiben sei. Es seien aber zu viele Fragen offen geblieben. So läge kein akzeptierbares tragfähiges Betreiberkonzept vor. Zudem fehlten Angebote anderer möglicher Betreiber. Bei dem gesamten Vorhaben bestünde die Gefahr unkalkulierbarer Folgekosten. Dies sei nicht mit der Absicht vereinbar, in der Finanzstrukturkommission unter Zuhilfenahme eines externen Beraters alle Strukturen zu überprüfen. Seine Fraktion werde daher den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen. Sollten dann noch Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stehen, sollten diese für Haus Opherdicke verwendet werden.

Herr Goldmann betont, dass es sich hier um eine herausragende einmalige Chance für die Weiterentwicklung des Umweltzentrums handle, die in den nächsten Jahren nicht erneut zu erwarten sei. Mit den Geldern könnten jahrelange Bestrebungen endlich verwirklicht werden. Die Ökologiestation werde

jährlich von rd. 35.000 Besuchern nicht nur aus der näheren Region genutzt. Außerdem bestünde über das Gästehaus die Möglichkeit, auch andere Schwerpunkte des Kreises aus dem kulturellen oder sportlichen Bereich in das Angebot mit einzubinden. Es gehe nicht darum, große Gewinne zu erwirtschaften. Viel wichtiger sei ein engagierter Betreiber, der von sich aus aktiv werde und mögliche Interessenten erreiche.

Herr Stalz führt aus, dass die FWG-Gruppe das Gästehaus als wichtigen Baustein im Konzept der Ökologiestation ansehe. Neben der Ausrichtung auf Schulklassen spiele der touristische Bereich insbesondere im Hinblick auf den Radtourismus eine wichtige Rolle. Das Konzept werde daher von der FWG-Gruppe unterstützt. Bei der Umsetzung solle darauf hingewirkt werden, dass kleine und mittelständische Betriebe aus dem Kreis Unna eingebunden würden.

Herr Dr. Laarmann äußert, dass die Betrachtung des Konzeptes defizit- oder aber ressourcenorientiert erfolgen könne. Hier ginge es um die wichtigen Investitionen in Bildung, ein vorrangiges Thema des Kreises Unna. Die Ökologiestation arbeite bereits auf diesem Gebiet, also sei es sinnvoll, die Chance zum Ausbau zu nutzen. Zudem schaffe Angebot auch Nachfrage. Der angedachte Betreiber habe entsprechende Erfahrungen. Aus diesen Gründen werde die GFL-Gruppe dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Eickhoff begrüßt die Bestrebungen, hier Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Bei der Umsetzung solle geprüft werden, ob in die Bauplanung der Einbau eines Aufzuges aufgenommen werden könne, um den behindertengerechten Zugang auf beiden Etagen zu ermöglichen.

Herr Sell erklärt, dass die Linksfraktion den Bau des Gästehauses unterstütze, da die Investition in Bildung als sinnvoller angesehen werde als der Ausbau von Straßen.

Herr Dr. Timpe führt aus, dass die Voraussetzungen für Lärmschutzmaßnahmen an den Straßen, für die der Kreis Unna Baulastträger sei, nicht vorlägen und somit die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht eingesetzt werden können. Eine Änderung der Förderrichtlinien sei in der nächsten Zeit nicht zu erwarten. Ein Abwarten würde dazu führen, dass die vorhandenen Fördermittel nicht oder nicht rechtzeitig eingesetzt und damit verschenkt würden.

Zum Gästehauskonzept und der Frage des Betreibers sei zu sagen, dass für den Fall, dass die Übernahme des Betriebes durch die Diakonie Ruhr-Hellweg nicht zu realisieren sei, selbstverständlich ein anderer Betreiber gesucht werde.

Auf die Anregung von Herrn Krause, die Gelder an die kreisangehörigen Kommunen für Straßensanierungen weiter zu geben, teilt Herr Landrat Makiolla mit, dass dies nicht möglich sei. Die Mittel würden durch das Land NRW in einem solchen Fall an andere Antragsteller weitergegeben.

Herr Landrat Makiolla stellt den Antrag der CDU-Fraktion zuerst zur Abstimmung.

1. Beschluss

Der Betrag von 1,35 Mio. €, der aus dem Konjunkturpaket II – Förderbereich Infrastruktur – verfügbaren Mittel, wird nicht für den Bau eines Gästehauses auf der Ökologiestation in Bergkamen-Heil eingesetzt,

sondern für eine umfassende, lärmschutzorientierte Sanierung der Kreisstraßen genutzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Neinstimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, der Linksfraktion, der FWG-Gruppe und der GFL-Gruppe)

2. Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Ein Betrag von 1,35 Mio €, der aus dem Konjunkturpaket II – Förderbereich Infrastruktur – verfügbaren Mittel, wird für den Bau eines Gästehauses auf der Ökologiestation in Bergkamen-Heil eingesetzt. Das Gästehaus dient vorrangig der Weiterentwicklung der Programmangebote der Ökologiestation im umweltpädagogischen Bereich und für den ehrenamtlichen Naturschutz.
2. Der Kreis baut das Gästehaus, wird Eigentümer des Gebäudes, und überlässt es im Rahmen des mit der Umweltzentrum Westfalen gGmbH bestehenden, insoweit zu ergänzenden Pachtvertrages dieser zur zweckentsprechenden Nutzung in Eigenregie oder in Unterverpachtung an einen Dritten. Die bestehenden Regelungen des Pachtvertrages Kreis Unna: Umweltzentrum Westfalen gGmbH vom 5.9.1994 gelten insbesondere bezüglich der bei Umweltzentrum Westfalen liegenden Verpflichtungen zur laufenden Bauunterhaltung und Instandhaltung ausdrücklich auch für das neue Gästehaus.
3. Das Baubudget ist auf 1,35 Mio € einschließlich aller Nebenkosten begrenzt. Weitere finanzielle Mittel für Bau, Ausstattung usw. des Gästehauses werden kreisseitig nicht zur Verfügung gestellt. Baufertigstellung und betriebsbereite Übergabe soll im März 2011 erfolgen.
4. Das wirtschaftliche Betriebsrisiko für das Gästehaus liegt bei Umweltzentrum Westfalen. Eine Erhöhung des jährlichen Betriebskostenzuschusses des Kreises im Rahmen der mit dem Mitgesellschafter RVR bestehenden Finanzierungsvereinbarung von derzeit 150.000 € wird aus diesem Grund ausgeschlossen. Eventuelle Überschüsse aus dem Betrieb des Gästehauses sind im Rahmen der umweltpädagogischen Aktivitäten der Umweltzentrum Westfalen gGmbH zu verwenden.
5. Baukommission und Bau- und Technikausschuss sind über die Durchführung der Baumaßnahme laufend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Neinstimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, eine Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 13

027/10

Aktuelle Entwicklungen im MVA Hamm-Verbund

Erörterung

Frau Cziehso führt in ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft mbH (GWA) aus, dass die Aufsichtsräte der GWA und der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) sowie die Gesellschafterversammlung der

Auftragsgesellschaft für Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (AKU) in gemeinsamer Sitzung über die anstehenden Umstrukturierungen des MVA Hamm-Verbundes und die damit einhergehenden notwendigen Verhandlungen beraten hätten. Es sei in dieser Sitzung festgestellt worden, dass die Rahmenbedingungen bereits zum jetzigen Zeitpunkt und nicht erst zum Ablauf der Verträge im Jahr 2017 die Möglichkeit böten, die Entsorgungskosten für die Bürger im Kreis Unna maßgeblich zu senken und diese dadurch zu entlasten. Der Aufsichtsrat der GWA habe sich dazu verpflichtet, dies möglichst zeitnah im Rahmen der Gebührenfestsetzung umzusetzen. Das Thema sei auch in der Sitzung des Ältestenrates angesprochen worden. Die dort anwesenden Vertreter der anderen Fraktionen hätten sich ebenfalls positiv dazu aufgestellt.

Auf Nachfrage von Herrn Stalz, in welchem Umfang mit einer Gebührensenkung zu rechnen sei, verweist Frau Cziehso auf die noch ausstehenden Verhandlungen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine verlässliche Aussage dazu nicht möglich.

Lt. Herrn Jasperneite sei eine Margenreduzierung – unabhängig von zukünftigen gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen – der gangbare Weg. Dies werde durch seine Fraktion konstruktiv begleitet.

Aus seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der VBU könne er bestätigen, dass dies der Weg sei, der eingeschlagen werden solle, so Herr Landrat Makiolla.

Der Kreistag nimmt den Bericht zur aktuellen Entwicklung im MVA Hamm-Verbund zur Kenntnis.

Punkt 14

021/10

Generelles Absehen von der Anwendung der Vorschrift über die Gewährung von Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten der Kreisverwaltung Unna

Erörterung

Herr Goldmann teilt mit, dass er die vorgeschlagene Regelung für sachlich nicht geboten und rechtlich bedenklich halte. Altersteilzeit sei ein Instrument der Personalentwicklungsplanung. Im Rahmen der noch anstehenden Beratungen und der Begleitung durch einen externen Berater in der Finanzstrukturkommission müsse die Möglichkeit bestehen, dieses Instrument zu nutzen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass nicht nur freiwillige Aufgaben sondern auch die Standards bei der Erledigung von Pflichtaufgaben auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Verbunden damit könnten durchaus Synergieeffekte beim Personal sein. Daher solle dieses Instrument nicht vorschnell aus den Händen gegeben werden.

Zudem sehe der aktuelle Tarifabschluss einen Rechtsanspruch von 2,5% der Beschäftigten auf die Gewährung von Altersteilzeit vor. Würde dies für die Beamten ausgeschlossen, sehe er den Grundsatz der Gleichbehandlung und das auszuübende pflichtgemäße Ermessen verletzt.

Er plädiere dafür, diese Entscheidung bis zum Abschluss der Beratungen in der Finanzstrukturkommission auszusetzen.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass er in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses zugesagt

habe, das Thema Altersteilzeit von Seiten der Verwaltung in die Finanzstrukturkommission einzubringen. Herr Kreisdirektor Stratmann führt aus, dass in einem Zeitraum von mehr als 10 Jahren bis zum Jahr 2006 insgesamt 103 Altersteilzeitanträgen entsprochen worden sei. Davon befänden sich 50 Personen in der Arbeitsphase, 21 in der Freizeitphase und 32 seien bereits aus dem Dienst ausgeschieden. Dies bedinge eine bilanzielle Rückstellung von fast 5 Mio. Euro. Aufgrund der Kostenentwicklung sei bereits im Jahr 2006 entschieden worden, keine weitere Altersteilzeit zu bewilligen. Diese Entscheidung sei in einem aktuellen Arbeitsgerichtsverfahren bestätigt worden. Jede weitere Bewilligung bringe Kosten von 50.000 bis 70.000 Euro mit sich.

Durch eine Änderung des Landesbeamtengesetzes, die einen einklagbaren Anspruch für alle Anspruchsberechtigten bis zum 31.12.2012 begründe, reiche die bisherige Regelung nicht mehr aus. Es sei notwendig, einen formellen Beschluss des Kreistages als oberste Dienstbehörde herbei zu führen.

Frau Cziehso verweist darauf, dass ein Wiederaufgreifen des Themas durch die Finanzstrukturkommission jederzeit möglich sei, sie aber ebenfalls zur Herstellung der Rechtssicherheit den Beschlussvorschlag unterstütze.

Die CDU-Fraktion trage lt. Herrn Jasperneite den Beschlussvorschlag unter der Prämisse mit, dass bei anderen Erkenntnissen in der Finanzstrukturkommission reagiert werde.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Von der Anwendung der Vorschrift über die Gewährung von Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten der Kreisverwaltung Unna wird bis auf Weiteres abgesehen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Neinstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Enthaltung der FWG-Gruppe)

Punkt 15

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Erörterung

1. Herr Landrat Makiolla berichtet zum Sachstand des vom Kreistag beschlossenen Plakatwettbewerbs „bunt statt braun“. Im September 2009 sei die Ausschreibung an alle weiterführenden Schulen im Kreis Unna herausgegeben worden. Abgabeschluss sei der 31.01.2010 gewesen. Es hätten sich 7 Schulen mit 36 Beiträgen beteiligt und zwar die Willy-Brandt-Gesamtschule Bergkamen, die Gesamtschule Schwerte, die Peter-Weiss-Gesamtschule Unna, die Harkortschule Unna, das Märkische Berufskolleg, das Hansa Berufskolleg und das Lippe Berufskolleg. Im Februar habe die Jury über die Prämierung entschieden. Der 1. Platz, dotiert mit 400 Euro, sei an die Harkortschule Unna, der 2. Platz (300 Euro) an die Willy-Brandt-Gesamtschule Bergkamen und der 3. Platz (200 Euro) an das Hansa Berufskolleg vergeben worden. Drei

weitere Sonderpreise mit jeweils 50 Euro hätten das Lippe Berufskolleg und die Gesamtschule Schwerte erhalten. Zur Zeit werde der Plakatdruck ausgeschrieben. Vom 20. Mai an würden die Plakate in den Bussen der VKU ausgehängen. Damit solle ein wichtiges Zeichen in den Bemühungen gegen Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalt im Kreis Unna gesetzt und die Unterstützung der Menschen im Kreis Unna mobilisiert werden. Die Wichtigkeit zeige sich aufgrund der Vorfälle am 14. März in Kamen.

2. Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass die nächste Sitzung der Finanzstrukturkommission am 03. Mai nachmittags und am 04. Mai vormittags stattfinden werde. Es würden sich pro Sitzungstag zwei externe Beratungsunternehmen vorstellen. Eine detaillierte Einladung werde noch erfolgen.
3. Frau Streich weist auf die Problematik des Übergangs von Kindergartenkindern in die Grundschule in diesem Jahr hin, da das Kindergartenjahr bereits einige Zeit vor dem Schulbeginn ende und somit die betroffenen Familien ohne gesicherte Betreuung dastünden.
Herr Hahn teilt mit, dass dazu derzeit Gespräche geführt würden und er zeitnah über das Ergebnis informieren werde.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht. Herr Landrat Makiolla beendet daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 16

025/10

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrum mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna -Vergabe des Auftrags über Arbeiten zur Einrichtung der digitalen Alarmierung-

Punkt 17

028/10

Anzeige von Nebentätigkeit des Landrates gemäß § 18 Abs. 2 Korruptionsgesetz NRW

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.10 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin